

II-2481 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

Nr. 1235/J

1985-04-01 A N F R A G E

der Abgeordneten Lussmann, Staudinger, Dr. Schüssel
und Kollegen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Erhaltung der Nahversorgung

In verschiedenen Gebieten Österreichs ist die Aufrechterhaltung
der Nahversorgung durch die unkontrollierte Ansiedlung von
Großmärkten ernsthaft bedroht. Dies läßt uns nicht nur um die
Existenz hunderter Kaufleute fürchten, sondern auch erhebliche
volkswirtschaftliche Nachteile (unnötig erhöhtes Verkehrsauf-
kommen, Umweltbeeinträchtigung) erwarten. Besonders gefährdet
ist die Existenz der nahversorgenden Kaufleute durch die Neu-
errichtung solcher Großmärkte mit über 600m² Nutzfläche
im Raum Graz und im Bundesland Kärnten (Villach, Wolfsberg).

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß die vorhandenen gesetzlichen
Möglichkeiten zum Schutz der Nahversorgung durch die extensive
Praxis der Ausnahmegenehmigungen durchlöchert wurden und ihren
Zweck offensichtlich nicht mehr erfüllen können.

Vordringlich sind deshalb wirksame Maßnahmen, die sicherstellen,
- daß die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten ab sofort besser
zum Schutz der Nahversorgung genutzt werden und
- daß allenfalls neue, wirksamere Bundesgesetzbestimmungen ge-
schaffen werden, die einen solchen Schutz zu gewährleisten
vermögen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundes-
minister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

-2-

A n f r a g e :

1. Welche Sofortmaßnahmen zum Schutz der Nahversorgung sehen Sie als zuständiger Minister vor?
2. Sind die vorhandenen rechtlichen Handhabungen ausreichend, um die Existenzgefährdung hunderter Kaufleute zu verhindern?
3. Wenn 'nein, welche neuen, besseren Vorschläge (z.B. Erweiterung der Gewerbeordnung sowie des Nahversorgungsgesetzes) zur Sicherung der Nahversorgung werden Sie dem Parlament unterbreiten?